

Offener Brief der Zivilgesellschaft an das indonesische Parlament

Umfassendes Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien (CEPA)

Wir, die *Coalition for Economic Justice Community*, bestehend aus einem Netzwerk von Fischern, Frauen, Bauern, Umweltaktivisten, Akademikern und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen, haben die Entwicklung der Verhandlungen der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) mit Indonesien seit 2011 bis zur Unterzeichnung am 16. Dezember 2018 verfolgt. Wir haben eine Reihe von Analysen, Kommentare und Eingaben bezüglich dieses Abkommens erarbeitet und der Regierung über das Handelsministerium zukommen lassen. Sie liegen diesem Brief bei.

Inmitten der Unsicherheit der Weltwirtschaft aufgrund der Pandemie und eines Handelskriegs, der sich auf die nationale Wirtschaft auswirkt, setzt die Regierung Indonesiens die Verhandlungen und die Unterzeichnung von Freihandelsabkommen fort. Die indonesische Verfassung sieht vor, dass das Repräsentantenhaus (DPR RI) eine strategische Rolle spielt beim Schutz der Volksrechte vor den negativen Auswirkungen von Freihandelsabkommen. Das Urteil des indonesischen Verfassungsgerichts Nr. 13 / PUU-XVI / 2018 unterstreicht die Bedeutung der Rolle des indonesischen Parlaments; es muss sicherstellen, dass Freihandelsabkommen nicht gegen die Verfassung verstossen. Daher sollten internationale Abkommen, insbesondere Handels- und Investitionsabkommen von denen angenommen wird, dass sie Auswirkungen auf die Umsetzung der Verfassung haben, mit einer Analyse ihrer Auswirkungen auf das Leben und den Lebensunterhalt des Volkes sowie auf die finanzielle Belastung des Staates einhergehen. Wenn Gesetzesänderungen oder neue Gesetze erforderlich sind, dann braucht es aufgrund von Artikel 11 Absatz (2) der indonesischen Verfassung von 1945 die Zustimmung des indonesischen Parlaments.

Vor diesem Hintergrund richten wir diesen offenen Brief an das indonesische Parlament mit der Bitte, ernsthaft zu erwägen, das CEPA-Abkommen zwischen Indonesien und der EFTA nicht zu ratifizieren. Wir sehen eine Reihe von Problemen in diesem Abkommen zwischen der EFTA und Indonesien, die uns zum Schluss kommen lassen, dass es sich um ein "leeres" Abkommen handelt, das keine konkreten wirtschaftlichen Vorteile bringen wird. Andererseits besteht die Gefahr, dass Indonesien seine reichhaltigen Rohstoffvorkommen und seine biologische Vielfalt verliert.

1. Die indonesische Regierung erwartet, dass das Abkommen zwischen der EFTA und Indonesien die indonesischen Palmöl-Exporte in die EFTA-Mitgliedsländer erhöhen wird: Schweiz, Norwegen, Island, Liechtenstein. Dieses Abkommen erlaubt es Indonesien nun, Palmöl zu niedrigeren Tarifen zu exportieren. Allerdings verlangt die EFTA, dass nur Palmöl, das den von den EFTA-Ländern festgelegten Standardproduktions- und -verarbeitungsmethoden (Process and Production Method - PPM) entspricht, von reduzierten Einfuhrzöllen profitieren kann. Diese Vergünstigungen gelten nur für 20 bis 40% der Exportquote.

Mit dieser Quotenbegrenzung kann Indonesien nur 12'500 Tonnen Palmöl in EFTA-Länder wie die Schweiz exportieren, eine sehr geringe Menge im Vergleich zu Indonesiens Palmöl-Export von durchschnittlich 2,5 bis 3 Millionen Tonnen Palmöl

pro Monat. Es gelten sehr strengen PPM-Standards: das exportierte Palmöl sollte nicht auf Brandrodungsflächen und in Torfgebieten produziert werden, Wasser und Luft nicht verschmutzen und den Schutz der Rechte von Kleinbauern und indigenen Völkern garantieren. Wer die Palmölindustrie in Indonesien kennt, weiss aber sicher, dass kein indonesischer Palmölproduzent alle diese Bedingungen erfüllen kann. Das bedeutet, dass es unwahrscheinlich ist, dass Indonesien sein Palmöl unter Nutzung des reduzierten Zolltarifs in die Schweiz exportieren kann.

Warum sollte die indonesische Regierung einem komplexen Abkommen zustimmen, das lediglich eine 1/2-prozentige Steigerung der gesamten Palmöl-Exporte bringt, aber sehr wahrscheinlich die Errungenschaften der Grundrechte des indonesischen Volkes beeinträchtigt?

2. Das EFTA-Indonesien-Abkommen verpflichtet Indonesien zu einem strengeren Schutz des geistigen Eigentums. Die Bestimmungen zum geistigen Eigentum gehen über die Standards des WTO-Abkommens hinaus. Dies betrifft insbesondere den Zugang zu Medikamenten und den Sortenschutz. Die Erfahrung aus anderen Freihandelsabkommen zeigt, dass vor allem die pharmazeutische und agrochemische Industrie von solchen Bestimmungen profitiert. In der Folge werden Medikamente für die indonesische Bevölkerung teurer werden.

Das Abkommen zwischen Indonesien und der EFTA verlangt von Indonesien, der UPOV 1991 beizutreten bzw. diese umzusetzen sowie weitere Verpflichtungen und / oder Beschränkungen in Bezug auf den Schutz von Pflanzensorten einzugehen. UPOV 1991 ist ein restriktives und unflexibles Sortenschutzsystem (PVP). Es wurde von den Industrieländern initiiert und geht von einer "Eine-Regel-für-alle" aus, ungeachtet der stark variierenden landwirtschaftlichen Systeme der einzelnen Länder.

Die Landwirtschaft in Indonesien wird von kleinen und mittleren Bauern mit kleinen Parzellen dominiert. Das bäuerliche Saatgutssystem ist die Grundlage für den Lebensunterhalt und die Ernährungssicherheit in Indonesien und es ist der wichtigste Weg für Klein- und Mittelbauern, um an das Saatgut zu gelangen. Daher erwähnt Olivier De Schutter (2009), dass alle Regeln oder Massnahmen, die Bauern daran hindern, sich auf ihr Saatgutssystem zu verlassen, ihr Recht auf Nahrung verletzen können.

Kurz gesagt, die UPOV 1991 bietet einen ungeeigneten rechtlichen Rahmen für Indonesien. Basierend auf einer Studie über die Auswirkungen des Beitritts zur UPOV 1991 auf die Landwirte auf den Philippinen wird geschätzt, dass der Beitritt oder die Einhaltung der UPOV 1991 die Kosten für Saatgut um mehr als das Vierfache erhöhen würde. Mehrere unabhängige Experten unterstützen diese Schlussfolgerung und empfehlen, dass Entwicklungsländer der UPOV nicht beitreten oder sie umsetzen sollten.

Im Weiteren hat Norwegen, das ein 21-mal höheres Pro-Kopf-Einkommen als Indonesien hat, aus den bereits erwähnten Gründen, insbesondere wegen der Auswirkungen auf die Rechte der Landwirte, den Beitritt zur UPOV 1991 bzw. deren Umsetzung abgelehnt. Es stellt sich daher die Frage, warum sollte Indonesien dem Beitritt zur UPOV 1991 zustimmen oder diese umsetzen?

Darüber hinaus gibt es einen Präzedenzfall in den Handelsabkommen der EFTA, in welchem von den Vertragsparteien nicht verlangt wird, die UPOV 1991 zu ratifizieren oder umzusetzen (zum Beispiel das 2006 unterzeichnete Freihandelsabkommen zwischen der EFTA und der Südafrikanischen Zollunion (SACU)).

3. Das Abkommen zwischen der EFTA und Indonesien sieht ausserdem einen exklusiven Datenschutz für landwirtschaftliche Betriebsmittel wie Düngemittel und Pestizide für 10 Jahre vor. Diese Regelung hat es in Indonesien bisher nicht gegeben. Wenn ein agrochemisches Unternehmen Düngemittel- und Pestizidprodukte in Indonesien verkaufen möchte, muss das Unternehmen den Behörden, in diesem Fall dem indonesischen Landwirtschaftsministerium, Daten über die Sicherheit und Wirksamkeit neuer Produkte vorlegen. Wenn eine 10-jährige Datenexklusivität festgelegt wird, wird dies den Wettbewerb blockieren, da die Hersteller von generischen Versionen von Düngemitteln und Pestiziden nicht nachweisen können, dass ihr Produkt dem Original gleichwertig ist. Diese Regel wird das Angebot von generischen chemischen Betriebsmitteln verhindern, obwohl der Preis von generischen landwirtschaftlichen Materialien zwei- oder dreimal billiger sein kann als das gleiche Produkt, das Datenexklusivität hat. Derzeit kann nicht geäußert werden, dass der Einsatz von chemischen Betriebsmitteln wie Dünger und Pestiziden von den Landwirten in Indonesien immer noch benötigt wird.

4. Das EFTA-Indonesien-Abkommen wird Indonesiens Fischimporte aus EFTA-Ländern wie Norwegen erhöhen. Derzeit kommen etwa 60 Prozent der gesamten Lachsimporte nach Indonesien aus Norwegen. Die norwegischen Lebensmittelexporte aus der Meeresfischerei nach Indonesien erreichten 2017 einen Wert von 250 Millionen US-Dollar. Wenn dieses Abkommen in Kraft tritt, werden mehr als 80 Prozent der norwegischen Exporte nach Indonesien zollfrei sein, einschliesslich Fischereiprodukten.

Das EFTA-Indonesien-Abkommen wird zu einem Zustrom von importiertem Fisch führen, während die 2,7 Millionen Fischer, die auf ihren Lebensunterhalt angewiesen sind, unter der Unsicherheit der Fischereiunternehmen leiden werden. Wenn die Importe mit dem Ziel der Verbesserung der Volksernährung erfolgen, hat Indonesien viele andere Fischarten, die eine sehr unterschiedliche Nährstoffqualität haben und sogar besser sind als Lachs und Kabeljau aus Norwegen.

5. "Das EFTA-Indonesien-Abkommen verpflichtet Indonesien zu einem strengeren Schutz des geistigen Eigentums. Die Bestimmungen zum geistigen Eigentum gehen über die Standards des WTO-Abkommens hinaus. Dies betrifft insbesondere den Zugang zu Medikamenten und den Sortenschutz. Die Erfahrung aus anderen Freihandelsabkommen zeigt, dass vor allem die pharmazeutische und agrochemische Industrie von solchen Bestimmungen profitiert. Die Folge ist, dass Medikamente für die indonesische Bevölkerung teurer werden."

Deshalb fordern wir - die Zivilgesellschaft, die Mitglieder der unten genannten Organisationen sind - mit diesem offenen Brief das indonesische Parlament auf, ernsthaft zu überlegen, die Teilnahme Indonesiens am Freihandelsabkommen EFTA - Indonesien nicht zu ratifizieren, da es keine wirtschaftlichen Vorteile bringt. Dieses Abkommen wird in der Tat der Mehrheit der indonesischen Bevölkerung schaden, insbesondere den Bauern und Fischern, und es droht der Verlust der Nahrungsmittelvielfalt und landwirtschaftlichen Artenvielfalt in Indonesien.

Mit freundlichen Grüßen (die unterzeichnenden Organisationen unten):

1. **Indonesia for Global Justice (IGJ):** (früher Institute for Global Justice) wurde am 7. August 2001 gegründet, um die Probleme der globalen Handelsliberalisierung anzugehen. Seine Gründung wurde von INFID und von einigen einzelnen Mitgliedern der Indonesian NGO Coalition on WTO (KOP-WTO) ermöglicht. Die Vision der IGJ ist "Eine globale Gerechtigkeitsordnung durch soziale Bewegungen". Die Mission von IGJ ist "Veränderungen in Richtung eines gerechten Handelssystems durch die Entwicklung eines kritischen Bewusstseins und die Befähigung strategischer Gruppen der Zivilgesellschaft". IGJ arbeitet an globalen Handelsliberalisierungsfragen, insbesondere an der Überwachung und Reaktion auf handelsbezogene Schwerpunktthemen, diese sind: WTO (Welthandelsorganisation), nationale Handelspolitik (Investitionen, Handelserleichterungen und Wettbewerbspolitik), Freihandelsabkommen, ASEAN und die G20. IGJ arbeitet und vernetzt sich sowohl mit nationalen als auch internationalen Organisationen der Zivilgesellschaft. Siehe <https://igj.or.id/tentang-kami/?lang=en>
2. **Solidaritas Perempuan (Frauensolidarität der Menschenrechte)** ist eine 1990 gegründete feministische Organisation mit Sitz in Jakarta, Indonesien, die konsequent für Geschlechtergerechtigkeit und die Verteidigung der Frauenrechte der Basisfrauen zu den Themen Konflikt um natürliche Ressourcen und Klimawandel, Ernährungssouveränität, Migration und Menschenhandel sowie Pluralismus und Politisierung der Religion kämpft. SP ist eine individuelle Mitgliederorganisation mit 720 Mitgliedern, die über ganz Indonesien in 10 Gemeinden/Zweigen in Aceh, Palembang (Süd-Sumatera), Yogyakarta, Jabotabek, Sumbawa und Mataram (West Nusa Tenggara), Makassar (Süd-Sulawesi), Palu und Poso (Zentral-Sulawesi) und Kendari (Süd-Ost-Sulawesi) verteilt sind. Siehe www.solidaritasperempuan.org.
3. **The People's Coalition for Fisheries Justice (KIARA):** ist eine Nichtregierungsorganisation, die 2003 gegründet wurde. Diese gemeinnützige Organisation wurde von WALHI, Bina Desa, JALA (Fishermen's Advocacy Network for North Sumatra), Federation of Fishermen Archipelago (FSNN) und Einzelpersonen initiiert. Seit seiner Gründung setzt sich KIARA für die Stärkung der Fischergruppen und der Menschen in den Küstenregionen und auf den kleinen Inseln ein, um den Schutz und das Wohlergehen ihrer Gemeinschaften zu erreichen, was eigentlich eine Pflicht der Regierung der Republik Indonesien ist. Seit der IV. Generalversammlung in Jakarta, Januar 2011, konzentriert sich KIARA auf: (1) Erhöhung der Kapazität der Fischerorganisationen, ihre Grundrechte zu äussern, damit sie von der Regierung gehört und umgesetzt werden; (2) Anerkennung der Rolle der Fischerinnen in der nationalen Fischereipolitik; (3) Replikation von kooperativen Institutionen und gemeinsamen Geschäftsgruppen, die von traditionellen Fischern geführt werden. Siehe <https://www.forestpeoples.org/en/partner/kiara-peoples-coalition-fisheries-justice>

4. **Federasi Perjuangan Buruh Indonesia (FPBI) Kabupaten Asahan (Föderation des indonesischen Arbeiterkampfes):**
5. **FIAN Indonesia:** Als Mitglied von FIAN International wurde FIAN Indonesia 2016 gegründet. Sie strebt an, eine der Organisationen zu werden, die für das Recht auf Nahrung und Ernährung in Indonesien kämpft, indem sie soziale Bewegungen, zivilgesellschaftliche Gruppen und politische Entscheidungsträger für das Recht auf Nahrung und Ernährung sensibilisiert. FIAN Indonesien baut und stärkt Fürsprache-Netzwerke für das Recht auf Nahrung und Ernährung mit zivilgesellschaftlichen Organisationen in Indonesien, um den Staat für die Erfüllung des Rechts auf Nahrung und Ernährung zur Verantwortung zu ziehen. Siehe <http://fian-indonesia.org/>
6. **GRAIN:** ist eine kleine internationale Non-Profit-Organisation, die Kleinbauern und soziale Bewegungen in ihrem Kampf für gemeinschaftlich kontrollierte und biodiversitätsbasierte Ernährungssysteme unterstützt. Die Unterstützung erfolgt in Form von unabhängiger Forschung und Analyse, Vernetzung auf lokaler, regionaler und internationaler Ebene und der Förderung neuer Formen der Zusammenarbeit und Bündnisbildung. Der Grossteil unserer Arbeit ist auf Afrika, Asien und Lateinamerika ausgerichtet und wird dort durchgeführt. Siehe <https://www.grain.org/en/pages/organisation>
7. **Serikat Petani Indonesia** (Indonesischer Bauernverband - SPI): Früher auch Federation of Indonesian Peasant Union oder Federasi Serikat Petani Indonesia genannt, wurde am 8. Juli 1998 in Kampong Dolok Maraja, Loby Ropa Village, Bandar Pulau Sub district, Asahan District, North Sumatra von einer Anzahl von kämpfenden indonesischen Bauern gegründet. Die Geburt der FSPI ist Teil der langen Geschichte des Kampfes der indonesischen Bäuerinnen und Bauern für die Redefreiheit, die Freiheit sich zu versammeln und sich zu organisieren, um für ihre Rechte zu kämpfen, die seit Beginn der neuen Ordnung, als Suharto 1966-67 an die Macht kam, unterdrückt werden. Die Föderation der indonesischen Bauergewerkschaft (Federasi Serikat Petani Indonesia) hat jetzt ihren Sitz in Jakarta, mit über 12 Gewerkschaften in ganz Indonesien. FSPI ist Mitglied von La Via Campesina, der internationalen Bauern- und Bäuerinnenbewegung.
8. **Koalisi Rakyat untuk Hak Atas Air** (Volkskoalition für das Recht auf Wasser KRUHA): Sie wurde 2002 als Reaktion zivilgesellschaftlicher Gruppen in Indonesien auf einen Kredit der Weltbank im Wasserressourcensektor, genannt Water Resources Sector Structural Adjustment Loans (WATSAL), gegründet. Die Mitgliedschaft in KRUHA steht verschiedenen sozialen Bewegungen, Nichtregierungsorganisationen und Einzelpersonen offen, die sich für das Menschenrecht auf Wasser einsetzen und die Privatisierung und Kommerzialisierung von Wasserressourcen ablehnen. Mehr als 30 NGOs haben sich KRUHA angeschlossen. Kämpfen für die Bewirtschaftung der Wasserressourcen auf der Grundlage der Menschenrechte, durch den Staat in Übereinstimmung mit der staatlichen Verfassung und lehnen die Einmischung von privaten Unternehmen und Einzelpersonen ab. Siehe <https://kruha.org/profil/>

9. **Das Institut für Politikforschung und Advocacy (ELSAM):** Ist eine Menschenrechtsorganisation mit Sitz in Jakarta, die seit August 1993 besteht. Die aktive Beteiligung an den Bemühungen um die Entwicklung, die Förderung und den Schutz der bürgerlichen und politischen Rechte und anderer Menschenrechte, wie sie in der Verfassung von 1945 und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR) festgeschrieben sind, ist zum treibenden Ziel von ELSAM geworden. Zu Beginn war es die ideelle Verpflichtung von ELSAM, eine demokratische politische Ordnung in Indonesien zu entwickeln, indem die Zivilgesellschaften durch das Eintreten für und die Förderung von Menschenrechten gestärkt werden. Siehe <https://elsam.or.id/about-elsam/>

10. **Universitas Indonesia (UI)** ist ein moderner, umfassender, weltoffener, multikultureller und humanistischer Campus, der ein breites Spektrum an wissenschaftlichen Disziplinen abdeckt. Die UI strebt gleichzeitig danach, eine der führenden Forschungsuniversitäten und die herausragendste akademische Institution der Welt zu sein. In der Zwischenzeit zeichnet sich die UI unter den Forschungsuniversitäten durch ihr Engagement für akademische Erfindungen und Forschungsaktivitäten durch verschiedene wissenschaftliche Programme aus. Siehe <https://www.ui.ac.id/en/about-us/about-ui.html>

11. **Kajian Wilayah Eropa - Universitas Indonesia** (Zentrum für europäische Studien - Universität Indonesien) : Das Zentrum ist Teil der Forschungszentren der Universität Indonesien, in Jakarta.

12. **Palangkaraya Ecological and Human Rights Studies (Progress)** ist eine Non-Profit-Organisation, die sich auf Forschung, Kampagnen und Interessenvertretung zu ökologischen und Menschenrechtsfragen konzentriert. PROGRESS zielt darauf ab, die Kultur und Weisheit indigener Völker sowie lokaler Gemeinschaften und Genderfragen in Zentral-Kalimantan, Indonesien, zu wahren. PROGRESS führte von November 2017 bis März 2019 eine Feministische Partizipative Aktionsforschung (FPAR) in Zentral-Kalimantan, Indonesien, durch, um die sozial-ökonomische Situation von Arbeiterinnen in den Palmölplantagen im Dorf Parenggean, East Kotawaringin regency, zu untersuchen. Um Beweise für Arbeitsrechtsverletzungen von Arbeiterinnen in den Palmölplantagen zu sammeln, ging PROGRESS eine Partnerschaft mit der lokalen Gewerkschaft der Palmölarbeiterinnen, Serikat Pekerja Kelapa Sawit (SEPASI), ein und arbeitete mit Arbeiterinnen aus der Zulieferfabrik der Wilmar Group (dem größten Palmölplantagenunternehmen in Zentralkalimantan) zusammen.

13. **IndoWater CoP** ist ein Netzwerk indonesischer CSOs, das für die Einbindung von Gemeinden in das integrierte Wasserressourcenmanagement steht. IndoWater CoP stärkt die Stimme der lokalen Gemeinden und schlägt in Verhandlungen mit lokalen Regierungen und Unternehmen gemeinsame Lösungen vor.

14. **Forum Benih Lokal Berdaulat (Organic Heirloom Seed Forum)** ist ein offenes Forum zum Sammeln und Austauschen von lokalem, einheimischem

Saatgut (Heirloom-Saatgut) und ein Mittel zur Kommunikation und Vernetzung für Aktivist*innen, Beobachter*innen von lokalem, einheimischem Saatgut in ganz Indonesien. Es unterstützt die Entwicklungen von Saatgut, die von den Bäuerinnen und Bauern selbst durchgeführt und die von ihnen unabhängig und nachhaltig genutzt werden können.

15. Perkumpulan Kediri Bersama Rakyat (Die Vereinigung von Kediri zusammen mit dem Volk - KIBAR). Hier handelt es sich um eine Nichtregierungsorganisation, die sich seit 2005 auf Aktivitäten zur Unterstützung ländlicher Gemeinden, die Stärkung von Frauen und Kindern und den Einsatz für Anwaltsgehilfen in der Region Kediri Raya konzentriert. Siehe <http://kibar-kediri.blogspot.com/>.

16. Komisi Justice Peace and Integrity of Creation GKPT.